

II-3626 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1945/J

1988-03-30

A N F R A G E

der Abgeordneten Blau-Meissner und Freunde  
an den Bundeskanzler

betreffend Prioritäten bei Graf's 27-Milliarden-Straßenbau-  
wünschen

Die Konsolidierung des Budgets scheint eine der vorrangigen Aufgaben der Bundesregierung zu sein.

Im Parlament haben Sie unmißverständlich festgestellt, daß außerbudgetäre Finanzierungen ihre Grenze haben müssen und äußerst vorsichtig eingesetzt werden müssen. Weiters hat die Regierung im Gesamtverkehrskonzept des Verkehrsminister eindeutig festgestellt, daß bereits Überkapazitäten im hochrangigen Straßennetz vorliegen, in der Vergangenheit einseitig der Straßenverkehr gefördert wurde und daher jetzt folgerichtig die Priorität beim Ausbau der Schiene liegen muß.

So laufen jetzt Verhandlungen zwischen dem Verkehrsminister und den Bautenminister für weitere außerbudgetäre Finanzierungen.

Aufhorchen läßt eine Aussage von Bundesminister Graf in der Zeitschrift A3-Bau 1-2/1988 (Seite 32): "Diese 6 Milliarden sind keine willkürliche Zahl sondern jene Summen, die wir bis Ende 1990 verbauen können. - Es wird also nicht, wie fälschlich behauptet wird, nur dieses oder jenes gebaut; das ist alles Humbug. Es werden alle Projekte aus diesem Paket, ob sie nun in Planung oder in Bau sind, begonnen und weitergeführt. Und richtig ist also: Wer zum Paket und zu diesen 6 Milliarden JA sagt, muß ab 1990 die weiteren Mitteln ebenfalls zur Verfügung stellen." Deswegen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E :

1. Wie interpretieren Sie diese Aussage von Bundesminister Graf?
2. Sind Sie seiner Meinung, daß alle, die zum Paket und diesen 6 Milliarden JA sagen, auch ab 1990 zu weiteren Mitteln ebenfalls JA sagen müssen?

3. Um welche Summen, die ab 1990 zur Verfügung gestellt werden sollten, handelt es sich?
4. Hat Minister Graf präzise Summen genannt, die er langfristig in Anspruch nehmen will?
5. Ist es für Sie generell denkbar, daß mit den von Ihnen angesprochenen möglichen 5 Milliarden bloß Straßenbauten begonnen und nicht fertiggebaut werden und so ein Sachzwang geschaffen wird, in der nächsten Legislaturperiode weitere Mittel zur Verfügung zu stellen und dann bloß "weiterzubauen"?
6. Sind Ihre Aussagen nicht viel eher so zu interpretieren, daß mit den von Ihnen möglicherweise zugesagten Mittel konkrete Projekte, wo eine verkehrspolitische Notwendigkeit vorliegt, begonnen und auch fertiggestellt werden müssen?
7. Halten Sie angesichts der vorliegenden Diskussionen die Trennung zwischen Straßenbaukompetenzen im Bautenressort und Verkehrskompetenzen im Verkehrsressort für sinnvoll?